



BERLININFO

NR. 9

2. Juni 2017



Mechthild Heil MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion



www.mechthild-heil.de | www.facebook.com/MechthildHeil

Liebe Leserinnen und Leser,

die letzten drei Sitzungswochen in dieser Wahlperiode sind angebrochen.

Das bedeutet lange Tagesordnungen mit vielen Abstimmungen. Alleine im Rechts- und Verbraucherschutzausschuss haben wir noch 20 Gesetze zu verabschieden.

Wir arbeiten bis zum Schluss und danach beginnt für die Union erst der Wahlkampf.

M. Heil

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel. (030) 227 77040

Fax (030) 227 76423

Nachhaltigkeitswoche

Vom 30. Mai bis 5. Juni findet zum 30. Mal die europäische Nachhaltigkeitswoche statt. Diese europaweite Initiative hat zum Ziel, Aktivitäten, Projekte und Veranstaltungen, die zur nachhaltigen Entwicklung beitragen, sichtbar zu machen. Die 17 Nachhaltigkeitsziele (SDG) der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung sollen dabei als roter Faden dienen. Für die CDU ist das Thema Nachhaltigkeit sehr wichtig, sei es bei dem Thema wie die Arbeits- und Sozialbedingungen bei der Herstellung von Produkten sind, aber natürlich auch, wie wir mit unseren Ressourcen umgehen. Wir haben



unter Federführung von Julia Klöckner dazu im vorletzten Jahr auch ein Papier auf Parteiebene verabschiedet, das Sie hier finden können: <https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/beschluss-nachhaltigkeit.pdf?file=1>

Meine Praktikantin Verena Laubach stellt sich vor

Mein Name ist Verena Laubach, ich bin Master-Politikwissenschaftsstudentin an der Freien Universität in Berlin und komme ursprünglich aus Koblenz. Seit Ende April hatte ich die Gelegenheit bei einem zweimonatigen Praktikum im Büro von Frau Heil Einblick in die Arbeit einer Abgeordneten und ihrer wissenschaftlichen Mitarbeiter zu erhalten. Ich wurde von Frau Heil und ihren Mitarbeitern herzlich empfangen und fühlte mich in ihrem Team direkt willkommen. Die letzten Wochen waren für mich sehr ereignisreich. Ich durfte Frau Heil und ihr Büro-Team zu verschiedenen Terminen begleiten, dabei war von Sitzungen des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz über ein politisches Frühstück bei McDonald's bis zu Podiumsdiskussionen über das neue Netzwerkdurchsetzungsgesetz gegen Hatespeech im Internet alles dabei. Daneben war ich mit vielen Rechercheaufgaben und der Beantwortung von Bürgerfragen beschäftigt. Dabei habe ich viel gelernt über Themen, von denen ich bislang keine Kenntnis hatte, wie zum Beispiel das Informationsfreiheitsgesetz oder Gesundheits-Apps und Fitnessarmbänder. Am besten hat mir gefallen, wie vielseitig und abwechslungsreich die Arbeit in einem Abgeordnetenbüro im Deutschen Bundestag ist. Mein Praktikum hat mir neben dem oftmals sehr theoretischen Studium eine gute Gelegenheit geboten, Politik von einer ganz praktischen Seite kennenzulernen. Dafür möchte ich mich bei Frau Heil und ihrem gesamten Team bedanken.



Landwirtschaftskongress der CDU/CSU-Fraktion



Die letzten Jahre waren für viele Landwirtinnen und Landwirte nicht einfach - viele Bauernfamilien kämpfen aktuell um ihre Existenz. Wichtige Märkte wie z.B. Russland sind weggebrochen oder wie der Nahe Osten oder China schwierig geworden. Der heimische Markt ist übersättigt und leidet unter einer noch hohen Produktion. Erzeugerorganisationen, Genossenschaften etc. ziehen oft nicht an einem Strang. Der Handel nutzt dies teilweise für eine Preispolitik zu Lasten der Erzeuger. Wo bei den Verbrauchern Bereitschaft zur Zahlung von angemessenen Preisen besteht wird diese teilweise nicht genutzt. Die Zeche zahlen

allein die Landwirte. Die Debatte um den Verfall des Milchpreises ist wohl jedem noch präsent. Die CDU bekennt sich hier ganz klar zu Ihrer Verantwortung für die Landwirtschaft und damit auch zu den ländlichen Räumen. Am Mittwoch fand daher, organisiert von der CDU/CSU-Fraktion ein Kongress statt um wichtige Fragen zu diskutieren und gemeinsam Optionen für die Zukunft zu erschließen. Mit Vertretern aus allen Bereichen der Politik, der Landwirtschaft sowie mit Umweltverbänden waren die beiden Podien hochgradig besetzt und auch Bundesminister Christian Schmidt ließ es sich nicht nehmen selbst einen Impulsvortrag vor dem vollbesetzten Fraktionssaal zu halten. Fraktionsvorsitzender Volker Kauder brachte in einem Grußwort die Bedeutung der Landwirtschaft treffend auf dem Punkt: Ohne Landwirtschaft sind die ländlichen Räume nur Provinz. Eine wichtige Veranstaltung in einem topaktuellen Thema. Den Kongress können Sie hier in kompletter Länge ansehen:

<https://www.cduscu.de/veranstaltungen/landwirtschaft-im-brennpunkt-wohin-geht-der-weg>

Große Reform in den Bund-Länder-Finanzbeziehungen

Nach intensiven Beratungen stellen wir die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern auf eine neue Grundlage und schließen damit eines der wichtigsten Reformvorhaben dieser Koalition ab. Mit einem umfangreichen Gesetzgebungspaket, zu dem auch Grundgesetzänderungen gehören, sorgen wir für finanzielle Planungssicherheit in Bund und Ländern von 2020 bis mindestens 2030. Im Vordergrund der Reform steht für uns die gesamtstaatliche Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit. Damit tragen wir bei zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in ganz Deutschland.

Unterschiede in der Finanzkraft der Länder werden künftig nicht mehr durch einen horizontalen Finanzausgleich untereinander abgedeckt, sondern über die Verteilung des Länderanteils an der Umsatzsteuer. Ergänzend erklärt sich der Bund zu einer jährlichen zusätzlichen finanziellen Beteiligung bereit, die im Jahr 2020 rund 9,5 Milliarden Euro betragen wird. Im Gegenzug konnten wir strukturelle Verbesserungen im Bund-Länder-Verhältnis erreichen. So wird der Stabilitätsrat gestärkt, indem er die Einhaltung der Schuldenbremse zukünftig auch auf Länderebene überwacht. Im parlamentarischen Verfahren haben wir dem Bund einen größeren Einfluss auf die Ausgestaltung der Länderprogramme zur Verwendung der Bundesmittel gesichert. Zudem stärken wir die Weisungsmöglichkeiten des Bundes beim Steuervollzug und machen somit den Vollzug im Finanzwesen effizienter. Des Weiteren schaffen wir mit einer neuen Bundeskompetenz die Grundlage für ein Bürgerportal, mit dem die Dienstleistungen von Bund und Ländern digital leicht erreichbar sein werden.

Autobahnen sind für uns als starke Wirtschaftsnation wichtige

Lebensadern. Um Planung, Bau, Betrieb und Erhalt der Autobahnen künftig effizienter und schneller zu gestalten, übertragen wir diese Aufgaben von 16 Ländern auf den Bund. Dort schaffen wir eine Infrastrukturgesellschaft, die ab 2021 die genannten Aufgaben übernimmt. Wir sichern den über 10.000 Beschäftigten einen guten Übergang zum Bund zu und werden auf ihre Bedürfnisse bei diesen Veränderungen achten.

Wir reformieren in diesem Paket zudem den Unterhaltsvorschuss, eine besondere Hilfe für Alleinerziehende und ihre Kinder. Wir erweitern diese Unterhaltsleistung auf die betroffenen Kinder bis zum vollendeten 18. Lebensjahr, es kommen also die 12- bis 17-jährigen als neue Anspruchsberechtigte hinzu.

Schließlich schaffen wir die Grundlage dafür, dass der Bund finanzschwachen Kommunen Finanzmittel für die Schulen zur Verfügung stellen kann.

Klare Haltung in der Außenpolitik

In den letzten Tagen und Wochen wird intensiv über die Situation in den Vereinigten Staaten diskutiert. Für uns ist klar: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen sind ein fester Pfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Deutschland wird weiter daran arbeiten, diese freundschaftlichen Beziehungen zu stärken. Gerade deswegen ist es aber auch richtig, Differenzen unter Freunden ehrlich zu benennen.

Ein starkes Europa ist uns als Union seit jeher wichtig. Wir wollen nicht überall mehr, sondern in den entscheidenden Dingen ein besseres Europa: bei der inneren und äußeren Sicherheit, bei der Wettbewerbsfähigkeit, bei der Digitalisierung und beim weltweiten Werben für Freihandel. Wir sind bereit, mit dem französischen Staatspräsidenten Emmanu-

el Macron als überzeugtem Europäer einen Impuls für diese stärkere EU zu setzen. Das ist keine Abgrenzung gegenüber den USA, sondern seit langem ein Pfeiler unserer Außenpolitik.

Zu Incirlik: Wir haben eine klare Position. Wenn die Türkei bei ihrem Nein zum Besuchsrecht von Abgeordneten des Deutschen Bundestages bei den in Incirlik stationierten Bundeswehrsoldaten bleibt, kann die Bundeswehr dort nicht bleiben. Die Bundesregierung sucht bereits alternative Standorte. Der Bundesaußenminister möchte mit der Türkei noch einmal verhandeln, weshalb es unverständlich ist, dass seine eigene SPD-Fraktion ihn dabei nicht unterstützen will. Wir lassen uns jedenfalls nicht drängen.

Stärkung der Betriebsrente

Wir haben in dieser Legislaturperiode viel zum Thema Rente umgesetzt. Jetzt stärken wir mit der Betriebsrente das Zusammenspiel von gesetzlicher Rentenversicherung und ergänzender Altersvorsorge. Derzeit haben rund 60 Prozent der Arbeitnehmer in Deutschland Anspruch auf eine Betriebsrente. Mit Zuschüssen und Steuervorteilen erhöhen wir die Bereitschaft zur ergänzenden Sicherung des Alterseinkommens.

Insbesondere Geringverdiener profitieren von dem neuen Betriebsrenten-Förderbetrag. Bei Einkommen bis zu 2.200 Euro brutto im Monat bezuschussen wir einen Arbeitgeberbeitrag zur Betriebsrente von bis zu 480 Euro im Jahr mit bis zu 144 Euro. Für Geringverdiener wird eine Betriebsrente attraktiver, weil bis zu 200 Euro im Monat nicht mehr mit der Grundsicherung im Alter verrechnet werden. Wer vorsorgt, bekommt mehr. Auch der staatliche Zuschuss zur Riester-Rente steigt um 21 Euro auf 175 Euro pro Jahr.

Gefangen in der Filterblase?

Jeder von uns, der in sozialen Netzwerken unterwegs ist, erbaut sich früher oder später seine eigene Filterblase. Man liket die Tageszeitung, deren politische Ausrichtung am ehesten mit der eigenen übereinstimmt, folgt nur Politikern, von denen man denkt, dass sie gute Arbeit leisten und sieht Post und Tweets von Freunden, die man sich im Zweifelsfall wegen weltanschaulicher Gemeinsamkeiten ausgesucht hat. All das führt dazu, dass wir uns beim täglichen Besuch auf Facebook und Co. wohl fühlen: Wir werden in unserer Meinung bestätigt, erhalten die Fakten, die unser Weltbild am besten unterstützen und müssen uns selten mit Nutzern auseinandersetzen, die eine andere Überzeugung vertreten. Dass diese Entwicklung aber auch viele Gefahren birgt, war Thema des letzten Social Media Workshops der CDU/CSU-Fraktion in dieser Legislaturperiode. Am vergangenen Donnerstag luden Nadine Schön, Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, sowie Mitarbeiterinnen der Online-Kommunikation der Union (Frau Romanowski und Frau Schrader-Wurbs) und ich daher zum Workshop über Filterblasen und Echobunker ein.



Die Entstehung von Filterblasen ist vor allem deshalb gefährlich, weil sie dazu führt, dass wir teilweise ein sehr einseitiges Bild unter anderem von politischen Vorgängen und Entscheidungen erhalten. Extremere ist dann das Entstehen eines „Echobunkers“ – hier findet überhaupt kein Austausch mehr mit anderen Meinungen statt und die „Bewohner“ dieser Bunker tendieren oft zu der Verbreitung eher radikaler Ansichten. Letzte Studien haben gezeigt, dass sich vor allem Nutzer, die der AfD nahestehen, in Filterblasen „einkapseln“, aus denen sie schwer wieder herausfinden und innerhalb derer sie auch für unsere politischen Inhalte so gut wie nicht mehr erreichbar sind.

Das stellt auch Politiker vor ein großes Problem: Wie geht man in sozialen Medien mit „Shitstorms“ und „Hatern“ um? Diskutiert man sachlich oder ignoriert man beleidigende Kommentare am besten? Die Mitarbeiterinnen der Online-Kommunikation der Union gaben dazu ein ganz eindeutiges Statement ab: „Wir haben gute Erfahrungen mit der Einstellung gemacht, grundsätzlich auf alle Kommentare zu antworten. User fühlen sich in ihrem Anliegen ernst genommen und Trolle, die nur beleidigen und falsche Fakten verbreiten wollen, gehen ziemlich schnell die Argumente aus.“ Gerade im Wahlkampf ist aber der persönliche Kontakt mit Menschen immer noch der beste Weg, ins Gespräch über Politik zu kommen und über kontroverse Themen aufzuklären. Meiner Meinung nach wollen die Menschen die Politiker ihres Wahlkreises kennenlernen und sehen, dass sie sich wirklich für ihre Wählerinnen und Wähler einsetzen. Dann sind sie auch bereit, sich in sozialen Netzwerken „Hatern“ und „Trollen“ entgegenzustellen.

Das stellt auch Politiker vor ein großes Problem: Wie geht man in sozialen Medien mit „Shitstorms“ und „Hatern“ um? Diskutiert man sachlich oder ignoriert man beleidigende Kommentare am besten? Die Mitarbeiterinnen der Online-Kommunikation der Union gaben dazu ein ganz eindeutiges Statement ab: „Wir haben gute Erfahrungen mit der Einstellung gemacht, grundsätzlich auf alle Kommentare zu antworten. User fühlen sich in ihrem Anliegen ernst genommen und Trolle, die nur beleidigen und falsche Fakten verbreiten wollen, gehen ziemlich schnell die Argumente aus.“ Gerade im Wahlkampf ist aber der persönliche Kontakt mit Menschen immer noch der beste Weg, ins Gespräch über Politik zu kommen und über kontroverse Themen aufzuklären. Meiner Meinung nach wollen die Menschen die Politiker ihres Wahlkreises kennenlernen und sehen, dass sie sich wirklich für ihre Wählerinnen und Wähler einsetzen. Dann sind sie auch bereit, sich in sozialen Netzwerken „Hatern“ und „Trollen“ entgegenzustellen.

Daten und Fakten

Optimismus deutscher Exportunternehmen nimmt weiter zu. Ungeachtet der internationalen Kritik am deutschen Exportüberschuss ist die Stimmung unter den deutschen Exporteuren ungebrochen optimistisch. Wie die Umfragen des ifo Instituts bezüglich der deutschen Exportentwicklung im Mai ergaben, stiegen die Erwartungen für weiteres Exportwachstum auf den höchsten Stand seit Januar 2014. Fast alle Branchen rechnen demzufolge mit einem Anstieg ihrer Exporte. Insbesondere die Unternehmen der Bekleidungsindustrie und im Maschinenbau zeigen sich äußerst optimistisch. Der Index für Maschinenbauunternehmen stieg sogar auf den höchsten Wert seit Februar 2011. Die Berechnungen des ifo Instituts zu Exporterwartungen basieren auf ca. 2.700 monatlichen Meldungen von Unternehmen im Bereich des Verarbeitenden Gewerbes. Diese werden gebeten, ihre Exportprognosen für die nächsten drei Monate mitzuteilen.

(Quelle: Leibnizinstitut für Wirtschaftsforschung ifo)

Mehrheit der Jugendlichen vertraut auf klassische Nachrichtenquellen. Ergebnissen der Kinder- und Jugendstudie des Digitalverbandes bitkom zufolge, nutzen 70 Prozent der zehn- bis 18-Jährigen das Fernsehen, um sich über aktuelle Nachrichten zu informieren. Darauf folgt auf Platz zwei, mit 47 Prozent, das unter Jugendlichen oftmals vergessen geglaubte Radio. Den dritten Platz teilen sich Soziale Netzwerke wie Twitter oder Facebook mit den Printmedien (je 34 Prozent). Insgesamt geben 89 Prozent der zehn- bis 18-Jährigen an, sich über die weltweite Nachrichtenlage zu informieren. Die Umfrage zeigt, dass die große Mehrheit der Kinder und Jugendlichen weiter auf klassische Medien vertraut, wenn es um das aktuelle Tagesgeschehen geht. Internetrecherche betreiben Jugendliche hingegen vor allem bei den Themen Musik, Schule bzw. Ausbildung sowie Serien und Filme.